

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(9. Sitzung am 6. Juni 2018)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/455](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 12) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: AfD
Enthaltung: -

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/852](#)

b) **Qualität steigern, Sicherheit erhöhen - Anzahl der Ausführungen Sicherungsverwahrter überprüfen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/649](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfes und des Antrages.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Fischereigesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/454](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 6) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP
Ablehnung: GRÜNE, AfD
Enthaltung: -

4. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)

b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen.

5. **Sichere Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/34](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen und schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP, AfD.

6. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und setzte die Antragsberatung fort. Er bat die Landesregierung, zu gegebener Zeit erneut zu unterrichten.

7. **Beschlussfassung über einen Unterrichtungswunsch der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Anrechnung besonderer Zuwendungen (sog. Opferrente) auf die Betriebsrenten Betroffener**

Der Ausschuss nahm den Unterrichtungswunsch an.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

8 **Eingabe 2819/17**

Der Ausschuss, der vom Petitionsausschuss um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen gebeten worden war, nahm eine Unterrichtung der Landesregierung entgegen und beriet über die Eingabe. Der Ausschuss votierte gegenüber dem Petitionsausschuss dafür, dem Landtag zu empfehlen, die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Vertraulicher Sitzungsteil

9. **Unterrichtung der Landesregierung über den Stand der Ermittlungen im Fall Niels H.**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

10. **Vorbereitung der Informationsreise nach Den Haag**

Der Ausschuss besprach das Programm einer Informationsreise nach Den Haag Ende August 2018.